

Halbjahresbericht Rat bis zum 01.10.2021 -ö-

Vorlagen-nummer	TOP-Betreff	Sitzung	Beschluss	erledigt	begonnen	nicht begonnen	Sachstand
365/2021-1	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und B'90/ Grüne vom 24.05.2021 betr. Übertragung von Ratssitzungen als Livestream	Rat 22.06.2021	<p>Der Rat beauftragt den Bürgermeister</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die rechtlichen Voraussetzungen und Bedingungen zur Übertragung von Rats- und Gremiumssitzungen als Livestream zu prüfen, 2. die dazu notwendigen technischen Voraussetzungen zu eruieren, 3. die damit verbundenen investiven und konsumtiven Kosten zu ermitteln für <ol style="list-style-type: none"> a. Kauf oder Mietlösung b. stationäre oder mobile Lösung 4. dem Rat einen Vorschlag zu unterbreiten, <ol style="list-style-type: none"> a. wie (mobile Geräte, feste Installation etc.) und ab wann die Umsetzung erfolgen kann, z. B. bei Wiederverfügbarkeit des Ratssaals b. unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen ein Livestream erfolgen muss und erfolgen kann (u. <ol style="list-style-type: none"> a. Zustimmungsregelung, technische Realisierung, Löschkonzept, DSGVO-Konformität) c. der eine Evaluation nach einem Probetrieb von mindestens drei und maximal sechs Ratssitzungen vorsieht d. mit einem Informationskonzept, wie die Bürgerschaft über das Angebot informiert wird. 5. die Übertragung von Ratssitzungen als Livestream nach dem beschriebenen Probetrieb zu evaluieren und zwar unter Berücksichtigung des quantitativen und qualitativen Aufwands-Nutzen-Verhältnisses. Die Evaluation soll die Frage beantworten, wie viel ZuschauerInnen über welchen Zeitraum live zugeschaltet waren und welcher personelle und kostenmäßige Aufwand dem gegenübersteht. <p>Ziffer 5 kann erst dann realisiert werden, wenn der Rat den ihm unterbreiteten Vorschlag (Ziffer 4) beschlossen hat.</p>			x	<p>In der Ratssitzung am 16.12.2021 wurde in Bezug auf den noch nicht erledigten Beschluss vom Juni verabredet, dass damit noch gewartet werden soll, um im Rahmen der Durchführung der Bürgerbeteiligungswerkstatt zunächst zu klären, ob seitens der Bürger überhaupt genügend Bedarf/Interesse an einem Streaming der Sitzungen besteht, weil aus den Erfahrungen anderer Kommunen gefolgert werden kann, dass die Übertragung doch erhebliche Kosten verursacht.</p> <p>Es wurde auf eine förmliche Abänderung des Beschlusses verzichtet.</p>

Halbjahresbericht Rat bis zum 01.10.2021 -ö-

390/2021-2	Neuregelung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG NRW)	Rat 16.09.2021	Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt den Bürgermeister, gegen die verabschiedete Neufassung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes Verfassungsbeschwerde beim Verfassungsgerichtshof NRW einzulegen.			x	das Einlegen der Verfassungsbeschwerde verzögert sich, da nach Auskunft unseres Rechtsbeistandes zunächst ein Urteil des OVG Münster abgewartet werden soll; aus der Urteilsbegründung sollen mögliche Hinweise für das Einlegen der Verfassungsbeschwerde berücksichtigt werden.
858/2020-5	Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt	Rat 16.09.2021	<ol style="list-style-type: none"> 1. Der Rat nimmt die Stellungnahme das Ergebnis der Beratung des Rechnungsprüfungsausschusses über den Prüfungsbericht zur Kenntnis. 2. Der Rat beschließt, gegenüber der Gemeindeprüfungsanstalt und der Aufsichtsbehörde die als Anlage 2 beigefügte Stellungnahme abzugeben. 3. Der Rat beauftragt den Bürgermeister, die in der Stellungnahme benannten und noch unerledigten Maßnahmen umzusetzen. 			x	<p>Zu Punkt 1: Erledigt</p> <p>Zu Punkt 2: Abgabe Stellungnahme an GPA und Aufsichtsbehörde ist erfolgt.</p> <p>Zu Punkt 3: Die von der GPA formulierten Empfehlungen wurden umgesetzt. Derzeit wird lediglich noch geprüft, ob eine Satzung für Elternbeiträge für die Übermittagsbetreuung -trotz der nach dem Grundlagenerlass zulässigen Übertragung auf Dritte- notwendig erscheint. Eine Übermittagsbetreuung findet derzeit nur noch an den Grundschulen in Rösberg, Sechtem und Hersel statt.</p>